



Barthle-Brief

Nr. 59

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

11.11.2016

Thema der Woche:

Arbeit steht über allem! **Die Landesgruppe im Gespräch mit der Agentur für Arbeit**

Die Arbeit spielt für das Gelingen von Integration eine entscheidende Rolle. Die CDU-Landesgruppe setzt sich deshalb für pragmatische Lösungen ein. „Tabus darf es nicht geben“, so der Vorsitzende Andreas Jung nach einem Gespräch mit Christian Rauch, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit. Am Montagabend war Rauch bei den baden-württembergischen CDU-Bundestagsabgeordneten zu Gast und beleuchtete die Arbeitsmarktsituation im Südwesten sowie insbesondere die Herausforderung durch die Zuwanderung von Flüchtlingen.

Die Lage sei insgesamt gut, die Perspektiven – gerade für junge Menschen – erfreulich. Allerdings sei es bisher nur gelungen, eine kleine Zahl von Flüchtlingen in Ausbildung oder Arbeit zu vermitteln. 60 % der Flüchtlinge sei jünger als 35 Jahre. Beraten wurde, mit welchen Maßnahmen – aufbauend auf erheblichen Verbesserungen der letzten Monate – diese Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Die Agentur für Arbeit werde die Bemühungen der Unternehmen bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels deswegen weiterhin tatkräftig unterstützen.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen vier zentrale Punkte:

- **Qualifizierung** von Flüchtlingen durch Anstellung, Ausbildung oder Praktikum forcieren: Dazu gehört auch die „3+2-Regelung“, wonach Flüchtlinge, die eine Ausbildung beginnen, eine

Garantie dafür bekommen, die Lehre beenden und danach zwei Jahre arbeiten zu können – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Dabei muss die Sondersituation in Baden-Württemberg berücksichtigt werden. Auch Flüchtlinge, die eine Blockausbildung absolvieren, sollen unter die Regelung fallen.

- **Schnellere Verfahren** nach dem „Heilbronner Modell“ auf ganz Baden-Württemberg ausweiten: Danach kann ein Flüchtling nach einer kursorischen Prüfung sofort eine Arbeitsstelle antreten, während erst parallel dazu die Voraussetzungen geprüft werden. Eine lange Wartezeit für Betrieb und Flüchtling wird dadurch vermieden.
- **Rechtliche Hürden abbauen:** Bei der Einstellung von Flüchtlingen muss es möglich sein, den ortsüblichen Lohn für bis zu sechs Monate zu unterschreiten. Auch Ausnahmen von der Wohnsitzauflage bei einer Arbeitsmöglichkeit in einem anderen Landkreis müssen geprüft werden.
- **Synergien:** Die Strukturen im Bereich der Arbeitsvermittlung müssen weiter verbessert werden. Ziel muss sein, Arbeitsagentur, Jobcenter und Ausländerbehörde unter einem Dach zu haben. In rund 40 % der Landkreise in Baden-Württemberg ist dies bereits Realität. Dadurch können Abläufe sowie Vermittlungsbemühungen gestärkt werden.

Verbot von Kinderehen

Bereits auf der Klausurtagung des CDU/CSU-Fraktionsvorstands Anfang September dieses Jahres haben wir den Beschluss gefasst, Kinderehen in Deutschland zu verbieten. Damit senden wir das unmissverständliche Signal, dass wir einen besseren Schutz von Minderjährigen wollen und Kinder-ehen in Deutschland nicht dulden. Ehen, die unter Verstoß gegen das Kindeswohl oder unter Zwang oder jedweder Unterdrückung der Frau zustande gekommen sind, können von der deutschen Rechtsordnung nicht akzeptiert werden.

Die Rechts- und Familienpolitiker sind dazu bereits in intensiven Gesprächen mit dem Bundesjustizministerium. Wir wollen bei der Frage des Verbots von Kinderehen auch keine Ausnahmen oder eine Härtefallregelung! Jeder Fall ist einer zu viel. Wir erwarten von Bundesjustizminister Maas, dass er zügig einen Gesetzentwurf vorlegt. Von Seiten der Unionsfraktion wollen wir noch in diesem Jahr zu einer gesetzlichen Regelung kommen.

Neuer Anlauf zur Reform des Wahlrechts.

In der letzten Legislaturperiode hatten wir das Wahlrecht im Rahmen der engen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts so geändert, dass errungene Überhangmandate ausgeglichen werden. Bei der Wahl zum Deutschen Bundestag 2013 hatten lediglich 4 Überhangmandate zu 28 Ausgleichsmandaten geführt. Der bisher geltende Ausgleichsmechanismus hat also eine erhebliche Hebelwirkung. Es ist daher im Bereich des Vorstellbaren, dass der nächste Deutsche Bundestag – womöglich auch mit mehr Fraktionen – deutlich vergrößert würde, wenn das Wahlrecht so bleibt, wie es ist.

Wir müssen eine Aufblähung des Deutschen Bundestages unbedingt vermeiden, darauf hat unser Bundestagspräsident Norbert Lammert zu Recht stets und nachdrücklich hingewiesen. Daher sind wir zu konstruktiven Gesprächen mit den anderen Fraktionen und zu einer Änderung des Wahlrechts bereit. Wenn ein neu gewählter Bundestag erst einmal über 700 Mitglieder hat, wäre eine Änderung des Wahlrechts sehr viel schwieriger zu realisieren.

Armut in Deutschland nimmt ab

Die Zahl der von Armut betroffenen Menschen in Deutschland nimmt weiter ab. Laut Auskunft des Statistischen Bundesamts ging ihr Anteil im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte zurück und erreichte mit 4,4 Prozent der Gesamtbevölkerung den niedrigsten Stand seit mehr als zehn Jahren.

Die positive Entwicklung spiegelt sich auch im europäischen Vergleich wider, wo der Durchschnittswert für alle Mitgliedstaaten bei 8,1 Prozent lag.

Auch mit Blick auf Armutsgefährdung kann ein zuversichtliches Resümee gezogen werden, denn in praktisch allen Altersgruppen ist die Gefahr der Armut in Deutschland niedriger als in den übrigen EU-Staaten.

Wie die Erhebung zeigt, ist die Definition der Armutsgefährdung jedoch generell zu hinterfragen. Denn angesichts eines Grenzwertes von 1033 Euro monatlich verfügbaren Einkommens, unter welcher eine Einzelperson als armutsgefährdet gilt, umfasst der Wert von 16,7 Prozent den Großteil der Studierenden in Deutschland. Eine Bevölkerungsgruppe, die sich selbst nicht als armutsgefährdet wahrnimmt und dieses auch nach objektiven Gesichtspunkten nicht ist.

Deutsche Unternehmen stellen weiter ein

Das Beschäftigungsniveau in der deutschen Wirtschaft entwickelt sich weiterhin positiv. Nach Befragung des ifo-Instituts stieg das Beschäftigungsbarometer im Oktober auf 110,7 Punkte nach 110,2 im Vormonat. Dies ist der zweithöchste jemals gemessene Wert.

Wie die Statistiker ermittelten, sind nahezu alle Branchen unverändert auf Mitarbeitersuche. Aufgrund der sehr guten Auftragslage sucht beispielsweise das Bauhauptgewerbe immer mehr Arbeitskräfte, eben-so vermeldet der Dienstleistungsbereich konstanten Bedarf an qualifiziertem Personal.

Zitat

«Deutschland und Amerika sind durch Werte verbunden: Demokratie, Freiheit, Respekt vor dem Recht und der Würde des Menschen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder politischer Einstellung. Auf der Basis dieser Werte biete ich dem künftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald Trump, eine enge Zusammenarbeit an.»

(Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 9.11. in ihrem Statement zur Wahl des US-Präsidenten)

Auf elegante Weise erinnert unsere Bundeskanzlerin den künftigen US-Präsidenten an die gemeinsamen Werte, denen auch er verpflichtet sein sollte. Andere, darunter vor allem auch der Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, haben sich weitaus undiplomatischer geäußert. Ich denke nicht, daß er ein geeigneter Bundespräsident wäre...

Ich selbst habe wie folgt zur Wahl in den USA Stellung genommen:

Mit Erstaunen reagierte der Staatssekretär und Bundestagsabgeordnete Norbert Barthle (CDU) auf das klare Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in den USA. „Dass sich Donald Trump letztlich so deutlich durchsetzen würde, habe ich nicht erwartet. Gleichwohl hatte ich mir ein gesundes Misstrauen bezüglich der deutschen Berichterstattung bewahrt; bei uns wurde ein sehr einseitiges Bild gezeichnet, das die US-amerikanische Realität offensichtlich nicht widerspiegelt hat“ so Barthle.

Deutschland werde auch mit Donald Trump als neuem US-Präsidenten gut zusammenarbeiten müssen. Eine enge transatlantische Partnerschaft sei für Deutschland und Europa in den nächsten Jahren weiter von zentraler Bedeutung. Barthle: „Ich hoffe, dass sich Donald Trump zukünftig verstärkt den Herausforderungen in der Welt zuwendet und bei ihrer Bewältigung der Bedeutung seines Landes gerecht wird. Auch in der Zeit der Präsidentschaft von Donald Trump wird die CDU das Ihrige tun, die transatlantischen Beziehungen zu pflegen.

Es muss nun alles daran gesetzt werden, im kommenden Jahr zur neuen Administration in Washington verlässliche Beziehungen aufzubauen. Denn mit den USA verbindet uns Deutsche eine Wertegemeinschaft, die über rein wirtschaftliche Interessen weit hinausgeht. Doch auch umgekehrt sollte der neue US-Präsident erkennen, dass ein gutes Verhältnis zu Europa und Deutschland seinem Land letztlich nur nützt. Auch die Vereinigten Staaten brauchen Freunde. Dabei sollten sie sich vor Augen halten, dass am verlässlichsten diejenigen Länder sind, mit denen die Freundschaft seit langem besteht – und dazu zählt Deutschland.“